

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Solidaritätsbeitrag von Sonderpensionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Stärkung der Wirtschaft

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 24. Sitzung des Nationalrats über TOP 12

Die Auswirkungen der COVID-19 Krise auf die österreichische Wirtschaft sind erheblich. Vielen Betrieben kommt zusehends die Liquidität abhanden, die Geschäfte stehen weitgehend still, aber die Kosten laufen weiter. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fürchten um ihre Jobs und ihr Einkommen. Unternehmerinnen und Unternehmer fürchten um ihre Betriebe und ihre Existenzen. Eine unfassbare Belastungsprobe für die arbeitende Bevölkerung in Österreich, aber auch für die österreichische Wirtschaft. Dies zeigt sich auch in der explodierenden Arbeitslosigkeit und dem massiven Anstieg an Insolvenzen.

In einem ersten Schritt hat die österreichische Bundesregierung ein umfassendes Hilfspaket in Höhe von 38 Mrd. Euro auf den Weg gebracht. Ein Hilfspaket für die Gesundheit der Menschen, zum Schutz von Arbeitsplätzen und zur Unterstützung des Wirtschaftsstandorts. Ein wichtiger und richtiger Schritt, der auch von unserer Seite mitgetragen wurde.

Die Finanzierung dieses Hilfspakets darf jedoch auf keinen Fall zu Lasten des Mittelstandes gehen. Eine Erhöhung der Steuerlast für den arbeitenden Mittelstand stellt für uns NEOS keine Option dar. Auch eine Einführung der Erbschafts- oder Vermögenssteuer würde die falschen Akzente setzen.

Was es aktuell braucht ist Solidarität. Solidarität von Seiten jener, die es im Zuge der Krise aus finanzieller Sicht nicht so hart getroffen hat:

Aktuell gibt es in Österreich ca. 30.000 Pensionisten mit einer monatlichen Pension über der ASVG Höchstpension von 3.566,54 Euro Brutto. Der größte Teil dieser Pensionsansprüche entspringt einem Beschäftigungsverhältnis im staatsnahen Bereich.

Ein solidarischer Verzicht auf die Zahlungen über der Höchstgrenze würde den österreichischen Staat mit jährlich 900 Mio. Euro ausgabenseitig entlasten. Wir NEOS fordern daher für einen begrenzten Zeitraum einen Solidaritätsbeitrag von allen Pensionen und pensionsähnlichen Leistungen gem. Sonderpensionenbegrenzungsgesetz über der ASVG-Höchstpension zur Sicherung von Arbeitsplätzen und für die Stärkung der Wirtschaft.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Sicherungsbetrag gem. Sonderpensionbegrenzungsgesetz entsprechend der Antragsbegründung auszuweiten, um die Leistungen gem. Sonderpensionbegrenzungsgesetz vorübergehend auf die ASVG-Höchstpension zu beschränken."



